

## VERANSTALTUNGSHINWEIS

### Frauen Finanzforum 2013

#### Mehr Frauen in Führungspositionen

- Umdenken hilft!

Am 24. Mai 2013 laden die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, die Handelskammer Hamburg, der Finanzplatz Hamburg e. V. und das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) zum Frauenfinanzforum 2013 in der Handelskammer Hamburg ein. Nach wie vor zeichnet sich der Finanzsektor durch einen geringen Frauenanteil in Führungspositionen aus, obwohl deutlich mehr als die Hälfte der Beschäftigten Frauen sind. Die Berufung einzelner Frauen in die Vorstände großer deutscher Banken und Versicherungen ist bislang nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Auch wenn über die Wege zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen noch diskutiert wird, steht fest, dass in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein Umdenken erforderlich ist.

Das Frauenfinanzforum 2013 widmet sich in Form von Impulsvorträgen und Podiumsdiskussionen genau dieser Problematik. Als eine Hauptreferentin konnte dabei die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau Dr. Ursula von der Leyen, gewonnen werden.

Unsere Einladung mit dem genauen Programm des diesjährigen Frauen Finanzforums finden Sie auf [www.hwwi.org](http://www.hwwi.org).

## IN DIESER AUSGABE

HWWI/Berenberg  
Städteranking 2013 Seite 1/2

Wachstumsmarkt  
Medizintechnik Seite 3

10 Jahre Agenda 2010: Voll-  
beschäftigung ist keine Utopie Seite 4

## STÄDTERANKING

### HWWI/Berenberg Städteranking 2013

Die Entwicklung der größten deutschen Städte gestaltet sich weiterhin positiv. Insbesondere Städte tragen aufgrund ihrer Sogwirkung auf hochqualifizierte Arbeitskräfte und Unternehmen aus dem In- und Ausland in erheblichem Maße zur deutschen Wettbewerbsfähigkeit bei. Im Jahr 2010 wurden 31,9 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts in den 30 größten Städten erwirtschaftet. Das HWWI/Berenberg Städteranking vergleicht im Jahr 2013 bereits zum dritten Mal die Entwicklung und Zukunftsfähigkeit dieser Städte.

Von Mark-Oliver Teuber und Jan Wedemeier

Erfolgreiche Städte zeichnen sich dadurch aus, dass sie durch attraktive Rahmen- und Standortbedingungen Unternehmen und Menschen anziehen. Auch hängt der Erfolg davon ab, wie der ökonomische Strukturwandel hin zu wissensintensiven Dienstleistungsbranchen und forschungsintensiven Industrien vollzogen werden kann. Gerade wissensintensive Branchen wie Ingenieurbüros, Gesundheitswirtschaft, Games- und Edutainment-Entwicklungsfirmen, Medien und die Kulturwirtschaft sowie die forschenden Industrien, wie zum Beispiel der Flugzeugbau und die Materialforschung, prägen die Entwicklung der letzten Jahre und sind wesentliche Impulsgeber für die städtische Entwicklung des 21. Jahrhunderts.

Vor allem Städte können auf die individuellen Bedürfnisse von Unternehmen und Menschen eingehen, da sie mit heterogenen Stadtquartieren, exzellenten Bildungsangeboten, hoher Produktivität, Verbindungen zu nationalen und internationalen Standorten sowie einer hohen Lebensqualität durch reichhaltige Kultur- und Freizeitangebote diese Bedürfnisse ansprechen. Die positiven Standortbedingungen führen dazu, dass das Qualifikationsniveau der Stadtbevölkerung relativ hoch ist, was sich wiederum positiv auf die ökonomische Entwicklung der Städte auswirkt.

Das HWWI/Berenberg Städteranking 2013 befasst sich vor dem Hintergrund der fortschreitenden regionalen Arbeitsteilung,

#### HWWI/Berenberg-Städteranking 2013 (Platzierung 2010)

1. Frankfurt am Main (1)	11. Hamburg (7)	21. Augsburg (19)
2. München (2)	12. Leipzig (11)	22. Duisburg (17)
3. Bonn (4)	13. Karlsruhe (13)	23. Kiel (24)
4. Düsseldorf (3)	14. Hannover (10)	24. Mönchengladbach (26)
5. Berlin (8)	15. Aachen (12)	25. Dortmund (20)
6. Köln (5)	16. Münster (15)	26. Bielefeld (27)
7. Dresden (9)	17. Mannheim (23)	27. Wuppertal (28)
8. Wiesbaden (6)	18. Nürnberg (14)	28. Gelsenkirchen (25)
9. Stuttgart (16)	19. Braunschweig (22)	29. Bochum (29)
10. Essen (21)	20. Bremen (18)	30. Chemnitz (30)

Quelle: HWWI/Berenberg Bank (2013).

des wissensbasierten Strukturwandels sowie der Internationalisierung von Marktbeziehungen mit dem sozioökonomischen Status quo und den Entwicklungspotenzialen der 30 größten Städte Deutschlands. Hierzu werden drei Indizes herangezogen, die zu gleichen Teilen in das Ranking eingehen.

Der „Trendindex“ misst die ökonomische Leistungsfähigkeit, indem die Entwicklung der Bevölkerung, der Erwerbstätigkeit sowie das durchschnittliche Produktivitätswachstum in den Städten beleuchtet wird. Der „Standortindex“ enthält zu je einem Drittel Indikatoren aus den Bereichen „Bildung und Innovationsfähigkeit“, „Internationalität“ und „Erreichbarkeit“. Der „Demografieindex“ erfasst auf Basis von Prognosen die zukünftige Entwicklung der Bevölkerung und der Erwerbspersonen sowie die durchschnittliche Fertilitätsrate der vergangenen Jahre.

Bonn liegt wie im Ranking 2010 aufgrund der ökonomischen und demografischen Entwicklung beim Trendindex vorn. Die Bevölkerung und Erwerbstätigkeit nahm in der Stadt um 4,8 % beziehungsweise 9,8 % zu. Nur Berlin hat ein ähnlich hohes Erwerbstätigenwachstum (+9 %). Auch Frankfurt am Main und München sind im Trendindex aufgrund der Bevölkerungsbeziehungsweise Erwerbstätigenentwicklung weit oben platziert (Rang 4 und 5). Essens gutes Abschneiden lässt sich durch die positive Erwerbstätigenentwicklung (+5,4 %) und eine überproportionale durchschnittliche Produktivitätsentwicklung von 7,7 % erklären. Hingegen schrumpfte die Bevölkerung Essens um 2 %. Auf Platz drei im Trendindex befindet sich Leipzig. Die sächsische Stadt hat in der jüngeren Vergangenheit einen schnellen „Catching-up-Prozess“ erlebt. Ursache hierfür ist das hohe Bevölkerungs- und Erwerbstätigenwachstum von 5,8 % sowie 8,2 %. Die rote Laterne haben hingegen die nordrhein-westfälischen Städte Wuppertal, Bochum, Bielefeld und Mönchengladbach inne. Diesen Städten ist es weiterhin nicht gelungen, positive Entwicklungspfade zur Be-

wältigung des strukturellen Wandels zu beschreiten. Bielefeld und Mönchengladbach haben es hingegen zumindest teilweise geschafft, eine positive Entwicklung einzuschlagen: So hat das Erwerbstätigenwachstum leicht angezogen, was auf eine künftige Wirtschaftsentwicklung mit positiverem Verlauf hoffen lässt.

Hinsichtlich des Standortindex zeigt sich folgendes differenziertes Bild: Frankfurt am Main ist mit Abstand auf Platz 1, gefolgt von München und dann nochmals mit Abstand von Stuttgart, Düsseldorf, Berlin und Bonn. Auf den letzten Plätzen finden sich Bielefeld, Kiel und Chemnitz wieder. Die Mainmetropole kann vor allem beim Anteil der ausländischen Studierenden (17,3 %) punkten und verweist Berlin (16,1 %) und Aachen (15,1 %) auf die Plätze. Auch bei der Betrachtung des Anteils der ausländischen Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung – wo Frankfurt lediglich von München übertrumpft wird – und der Anzahl der Übernachtungen von Ausländern (Platz 1), erzielt die Finanzmetropole ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis. In der Erreichbarkeit nimmt Frankfurt dank des internationalen Flughafens den ersten Platz ein. Das Schlusslicht bei diesem Indikator bildet Chemnitz. Hinsichtlich der Innovationsfähigkeit und Bildung erreicht Aachen – noch vor Bonn und Frankfurt – Platz 1. Am unteren Ende der Rangfolge befinden sich Gelsenkirchen, Duisburg und Mönchengladbach, wobei letztere im Standortindex im Mittelfeld (Platz 13 und 17) liegen, was sich vordergründig durch das relativ gute Abschneiden beim Indikator Erreichbarkeit erklären lässt.

Auch beim Demografieindex ergeben sich erhebliche Diskrepanzen zwischen den betrachteten Städten: Während Dresden das Ranking der Demografieaspekte deutlich dominiert, bilden Chemnitz, Gelsenkirchen und Bochum das Schlusslicht. Grund hierfür ist vor allem Dresdens im Städtevergleich überdurchschnittliche Fertilitätsrate von 1,49 Kindern pro Frau. Chemnitz hat unter allen betrachteten Städten den

größten Rückgang (-20,8 %) an Erwerbspersonen von 2010 bis 2025 zu erwarten, einzig die Fertilitätsrate im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2010 ist eine der höchsten unter den 30 größten Städten, wodurch immerhin noch Platz 28 erreicht werden kann.

Die Tabelle auf Seite 1 zeigt die Positionierung der Städte im Gesamtranking und stellt sie den Ergebnissen des HWWI/Berenberg Städterankings 2010 gegenüber. Auf den ersten beiden Plätzen befinden sich unangefochten die Städte Frankfurt am Main und München. Der Abstand zwischen Frankfurt und München ist im Vergleich zu 2010 und 2008 noch kleiner geworden. Den dritten Platz belegt Bonn, gefolgt von Düsseldorf, Berlin und Köln. Die wesentlichen Erklärungsgründe für die herausragende Stellung Frankfurts und Münchens liegen im guten Abschneiden bei allen drei Indizes, insbesondere jedoch beim Standortindex. Hervorzuheben sind die guten sozioökonomischen Entwicklungen in Essen (von Platz 21 auf 10), Stuttgart (von Platz 16 auf 9) und Mannheim (von Platz 23 auf 17) im Vergleich zum HWWI/Berenberg Städteranking 2010. Deutlich verschlechtert haben sich hingegen Duisburg und Dortmund (um jeweils fünf Plätze). Beachtenswert sind die guten Platzierungen Berlins und Dresdens. Insbesondere Berlin konnte sich seit dem HWWI/Berenberg Städteranking 2008 kontinuierlich verbessern. Die Entwicklung erfolgte aufgrund günstiger Verläufe im Trend- und Standortindex mit einer sehr hohen Dynamik. Deshalb ist auch in Zukunft damit zu rechnen, dass sich die deutsche Bundeshauptstadt regelmäßig unter den ersten fünf Städten wiederfinden wird.

#### PARTNERPUBLIKATION

Teuber, M.; Wedemeier, J. (2013): HWWI/Berenberg Städteranking 2013, Die 30 größten Städte Deutschlands im Vergleich, Berenberg Bank & HWWI (Hrsg.), Hamburg.  
Download der Studie unter: <http://www.hwwi.org/publikationen/partnerpublikationen/berenberg-und-hwwi/staedteranking-2013/gesamtstudie.html>

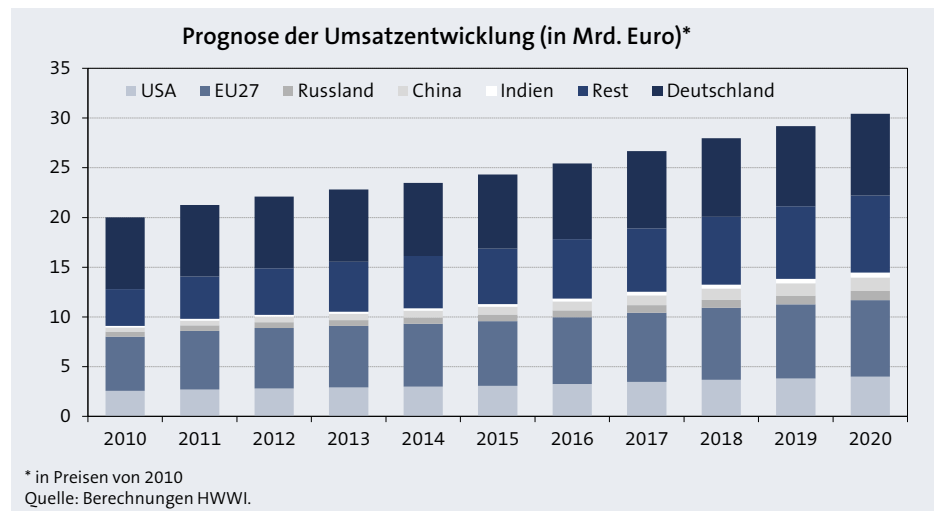
## Wachstumsmarkt Medizintechnik

Die globale Nachfrage nach Gesundheit wird in den nächsten Jahren weiter steigen, infolge der eher moderat wachsenden Weltwirtschaft jedoch leicht gedämpft. Im Bereich der öffentlich finanzierten langlebigen Medizintechnik dürfte sich ein stärkerer Investitionszyklus herausbilden. Insbesondere Investitionen in neuere Produkte könnten vermehrt in die Zukunft verschoben werden. Dies sind die Ergebnisse einer HWWI-Studie im Auftrag der HSH Nordbank. Von Henning Vöpel

Die mittel- bis langfristigen Perspektiven für die Medizintechnik bleiben unverändert gut. Steigende Weltbevölkerung und der deutliche Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen in den Entwicklungs- und Schwellenländern sowie die demografische Alterung in vielen Industrieländern sorgen für eine zunehmende Gesundheitsnachfrage. Von der Angebotsseite sorgen Basisinnovationen im Bereich von Bio-, Gen- und Nanotechnologie für Wachstumsimpulse, indem sie Möglichkeiten für Produktinnovationen und Produktdifferenzierung bereitstellen.

Die deutsche Medizintechnik kann von diesen Entwicklungen profitieren. Traditionelle Märkte bieten ebenso wie neue Exportmärkte günstige Absatzchancen. Die Nachfrage in den USA und den westeuropäischen Ländern richtet sich dabei zunehmend auf medizintechnische Innovationen mit höherer Qualität und größerer Produktvielfalt aus. Die bevölkerungsreichen und schnell wachsenden Entwicklungs- und Schwellenländer sind als Absatzmarkt noch nicht vollständig erschlossen. Gerade im Bereich niedriger Pro-Kopf-Einkommen reagiert die Gesundheitsnachfrage sehr elastisch auf Einkommensänderungen. In diesen Ländern wächst der Gesundheitsmarkt vor allem durch die Mengenausweitung. Bei insgesamt sehr dynamisch wachsendem Absatz wird daher der Anteil der Schwellenländer an den deutschen Medizintechnikexporten zunehmen.

Nach Prognose des HWWI ergibt sich bis 2015 eine leicht gedämpfte Nachfrage nach Medizintechnik (siehe Abbildung). Ab 2016 entwickelt sich die Nachfrage wieder dynamischer. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es nach dem moderaten Wachstum der Weltwirtschaft und der Konsolidierung öffentlicher Haushalte in



einigen wichtigen Absatzländern zu Nachfrageeffekten und einem ausgeprägten Investitionszyklus kommen wird. Dies betrifft vor allem jene Länder, in denen die Gesundheitsausgaben überwiegend öffentlich finanziert sind. Der Anteil des Auslandsumsatzes wird für die deutsche Medizintechnik aufgrund des dynamischeren Wachstums bis 2020 weiter auf rund 73 % ansteigen.

Auch wenn der Prognose zufolge die Nachfrage sich bis 2015 etwas weniger dynamisch entwickelt und insbesondere Produktinnovationen weniger nachgefragt werden, bietet diese Phase durchaus Chancen, mittelfristig Marktanteile zu gewinnen. Die langfristig stabilen Trends werden unverändert positiv sein.

Die Medizintechnik ist für Deutschland eine wichtige Branche: sie ist mittelständisch geprägt, innovativ und exportorientiert. Sie schafft entlang der Wertschöpfungskette einen Technologietransfer von der Grundlagenforschung im Bereich der Biotechnologie und Genforschung bis hin zur marktreifen Produktentwicklung. Investitionen in Forschung und Entwicklung sind notwendig, um die technologische Führer-

schaft zu behaupten. Dies setzt jedoch entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten voraus. Die überwiegend mittelständisch geprägte Medizintechnik in Deutschland hat zwar zurzeit im Vergleich zu konkurrierenden Standorten günstige Finanzierungsbedingungen, insbesondere „Basel III“ könnte jedoch gerade für die kleineren und mittleren Unternehmen den Zugang zu langfristiger Finanzierung erschweren. Es zeigt sich, dass die Anschlussfinanzierung für viele junge, kleine und innovative Unternehmen eine besonders kritische Phase darstellt („valley of death“). Entsprechend sind die wichtigsten Standortfaktoren für die Medizintechnik ein ausreichendes Angebot an hochqualifizierten Forschern und Fachkräften, der Zugang zu Risikokapital sowie die Existenz eines „Leitmarktes“ für medizintechnische Innovationen.

### PARTNERPUBLIKATION

Vöpel, H. (2013): Globale Absatzmärkte der deutschen Medizintechnik - Prognose 2020, Studie im Auftrag der HSH Nordbank AG (Hrsg.), Hamburg.  
Download der Studie unter: <http://www.hwwi.org/publikationen/partnerpublikationen/hsh-nordbank/globale-absatzmaerkte-der-deutschen-medizintechnik.html>

# Zehn Jahre Agenda 2010: Vollbeschäftigung ist keine Utopie

Der Erfolg der vor zehn Jahren eingeleiteten Hartz-Reformen ist unter Ökonomen wenig umstritten. Auf politischer Ebene ist die größte bundesdeutsche Arbeitsmarktreform der Nachkriegszeit jedoch Objekt heftiger Auseinandersetzungen. Da es sich um einen bunten Strauß an Maßnahmen handelte, lohnt sich ein differenzierender Blick auf die einzelnen Bestandteile. Von Michael Bräuninger und Jochen Michaelis

Zehn Jahre sind vergangen, seit der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder den Startschuss für die Agenda 2010 gab. Für die Bewertung der Reformen zum zehnten Geburtstag ist es hilfreich, die Maßnahmen nach ihren Wirkungsrichtungen zu gruppieren. Wie haben sich die Arbeitsnachfrage, das Arbeitsangebot und die Vermittlungseffizienz verändert?

Die Maßnahmen, die auf das Vergrößern der Arbeitsnachfrage abzielen sind die erleichterte Befristung, Belohnungen für die Einstellung älterer Arbeitnehmer, Eingliederungszuschüsse, Mini- und Midi-Jobs sowie Gründungszuschüsse. Diese sollten die Arbeitsnachfrage ankurbeln, was zum Teil sehr gut gelang: So ist die Beschäftigungsförderung über Lohnsubventionen für die Betroffenen äußerst wirksam. Aber die Mitnahme-, Substitutions- und Verdrängungseffekte sind derart stark, dass sie einen etwa gleich großen Rückgang bei der nicht-subventionierten Beschäftigung verursachen. Sollten sich diese Effekte in zukünftigen Perioden als robust erweisen, so müssten sie ob des negativen Effektes zurückgefahren werden.

Erfolgreicher konnte das Arbeitsangebot erhöht werden. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wurde ein Wechsel weg von einer Sicherung des Lebensstandards hin zu einer Basissicherung durchgeführt. Diese Maßnahme diente in Verbindung mit der Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (ALG I) und der Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen der Förderung der Bereitschaft zur Annahme von Jobangeboten. Die gewünschte Wirkung wurde erzielt, so suchen Arbeitslose kurz vor dem Ende der Be-

zugszeit des ALG I stärker nach neuen Jobs. Diese Anreizwirkung kann als ein zentraler Baustein des Erfolges der Hartz-Reformen angesehen werden. Positiv wirkte sich auch die Weiterqualifizierung der Arbeitslosen aus. Die Wahrscheinlichkeit eine Beschäftigung zu finden hat sich um 10 bis 20 Prozentpunkte erhöht. Die Reform der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), mit dem Ziel des Abbaus von Stigmatisierung, war dagegen weniger erfolgreich. Die Umwandlung der ABM für Bezieher von Leistungen nach dem SGB II in die sogenannten „Ein-Euro-Jobs“ in der Absicht, diese als Eintrittskarte für den primären Arbeitsmarkt wirken zu lassen, ist größtenteils fehlgeschlagen. Nur kleine Gruppen haben profitieren können.

Wichtiger dritter Punkt ist die Frage, wie sich die Agenda 2010 auf die Arbeitsvermittlung, das sogenannte *Matching* ausgewirkt hat. Die Reorganisierung der Bundesagentur für Arbeit, die durch die Dezentralisierung von Budget und Kompetenzen eine stärkere Kundenorientierung und ein Bewusstsein als Dienstleister bewirken sollte, ist gelungen. Die Verbesserung der Vermittlungseffizienz durch die Zulassung von Personal-Service-Agenturen als privaten Vermittlern, hatte dagegen nur indirekten Erfolg: zwar wurde nur eine geringe Anzahl an Arbeitslosen dadurch vermittelt, jedoch entsteht zwischen privaten Vermittlern und der Bundesagentur Wettbewerb, was wiederum disziplinierend auf die Bundesagentur für Arbeit wirkt. Verhaltensweisen eines Monopolisten kann sie sich nicht mehr leisten. Ein kontrovers diskutierter Baustein ist die Deregulierung der Zeitarbeit. Die Flexibilisierung in diesem Bereich hat zu einem Anwachsen der Beschäftig-

tenzahlen in Zeitarbeitsfirmen geführt. Ob der Zuwachs zu Lasten regulärer Beschäftigungsverhältnisse stattgefunden hat, lässt sich nicht belegen. Unstrittig ist dagegen: Die Zeitarbeit dient Langzeitarbeitslosen als Eintrittstor in die Beschäftigung. Unterm Strich haben die Hartz Reformen eine Reduktion der Arbeitslosenquote von 1,1 bis 3,45 Prozentpunkten zur Folge. Ursache sei insgesamt insbesondere eine um 20 % gestiegene *Matching*-Effizienz und die Veränderung der Struktur der Arbeitslosigkeit.

Diese allgemein positiven Ergebnisse können nicht über den weiteren Reformbedarf hinwegtäuschen, der in der Arbeitsmarktpolitik besteht. Es gibt kleinere Probleme im Bereich der Personal-Service-Agenturen und anderen Details. Große Probleme schafft die sehr hohe Transferentzugsrate, die ein massives Absinken der Transferbezüge bei der Arbeitsaufnahme aus dem ALG II heraus bewirkt. Erzielte Erwerbseinkommen werden eins zu eins mit den Transferleistungen verrechnet, was die Anreize der Annahme einer Beschäftigung bis zu einem bestimmten Einkommen zunichtemacht. Eine Lösung, beispielsweise durch ein Absenken der Transferentzugsrate, konnte bisher nicht umgesetzt werden.

Der Trend am Arbeitsmarkt ist kein Selbstläufer. Doch dreht man die Reformen an den richtigen Stellen jetzt weiter, ist Vollbeschäftigung in Deutschland keine Utopie.

## HWWI POLICY PAPER

Bräuninger, M.; Michaelis, J.; Sode, M. (2013): 10 Jahre Hartz-Reformen, *HWWI Policy Paper 73*, Hamburg.

Download unter: [http://www.hwwi.org/uploads/tx\\_wilpubdb/HWWI\\_Policy\\_Paper\\_73.pdf](http://www.hwwi.org/uploads/tx_wilpubdb/HWWI_Policy_Paper_73.pdf)